

3. Jenaer Runder Tisch für Demokratie 2026

Protokoll

1. Eröffnung und Organisatorisches

(10 min)

- Begrüßung und Eröffnung zum 3. RT 2026
- Verweis auf Ausschlussklausel und Hinweis, dass keine Aufnahmen erlaubt sind (Hinweise hierzu am Eingang ausgelegt) -> Schwerpunkte waren der aktuelle Stand der Überarbeitung des Stadtprogramms und die Vorbereitungen auf den Gegenprotest zum AfD-Parteitag in Erfurt am 04. Und 05. Juli
- Bestätigung Protokoll vom 04.05.2026 -> ja
- Verabschiedung heutige Tagesordnung (liegt aus), gibt es noch Ergänzungs- oder Änderungsbedarfe?-> nein
- Kleine Vorstellungsrunde

2. Vorstellung ezra-Jahresstatistik 2025

(20 min)

2.1. Vorstellung durch Vertreter*in

- Stefanie Schreiber, Öffentlichkeitsarbeit ezra
- Hat an der Erstellung der Studie mitgewirkt
- Stefanie ist keine Beraterin und kann deshalb keine Auskunft über Beratungstätigkeiten geben

Vorstellung der Statistik [Anm.: Die Folien der Präsentation finden Sie [hier](#).]:

- Hohes Niveau rechter Gewalt in Thüringen verstetigt sich
- Fälle werden von Betroffenen gemeldet, aber ergeben sich auch aus Recherchen und Analyse von kleinen Anfragen oder auch Meldungen von Kooperationspartner*innen
- Meldungen werden nach festgelegten Kriterien geprüft und ggf. als Fall aufgenommen
- Insgesamt 181 rechte Gewalttaten (Hellfeld); Es wird von mehr Fällen ausgegangen (Dunkelfeld)
- Mehr als 3 rechte Gewalttaten pro Woche / 8,7 rechte Gewalttaten auf 100.000 Einwohner*innen
- Es werden einige Fälle noch als Verdachtsfälle geführt -> Fälle kommen aus kleiner Anfrage von DIE LINKE im Bundestag. Müssen noch überprüft werden

- 252 direkt angegriffene Personen; 40 Mit-Angegriffene Personen (bspw. Kind ist dabei, während Elternteil angegriffen wird)
- Größter Faktor bei Tatmotiven Rassismus (103), „Gegen politische Gegner*innen“ (33) und sexuelle Orientierung (16)
- Tatbestände: Nötigung und Bedrohung (82) – Personen tragen erheblichen Schaden von Bedrohung davon (beispielsweise werden aktiv Orte/Personen gemieden), Einfache Körperverletzung (53), Gefährliche Körperverletzung (34), Schwere Körperverletzung/versuchte Tötung (7) -> insg 99 physische Angriffe
 - Hemmschwelle sinkt und Gewalttätigkeit steigt
- Erfurt (35) und Jena (22) höchste Fallzahlen -> Ostthüringen bleibt Hotspot rechter Gewalt
- Angriffsorte: besonders häufig im öffentlichen Raum und Verkehrsmitteln (Bahnhöfe/Haltestellen) / eigene Wohnung und Wohnumfeld auch immer unsicherer -> hier sind auch Angriffe auf Asylunterkünfte zu betrachten
- Herausfordernd ist Bereich Schule, fehlender Zugang und Vernetzung -> Hohe Dunkelzimmer vermutet
- Anbindung an Internationale Studierende ist nicht gut ausgebaut
- Fokus Jena:
 - 22 Angriffe -> Haupttatmotiv Rassismus (13), des weiteren: politische Gegner*innen (4) / Antisemitismus (3) / Gegen Nichtrechte (1) / wegen sexueller Orientierung/Geschlechtlicher Identität (1)
 - Tatbestände -> 14 physische Angriffe (Einfache Körperverletzung (10) / gefährliche Körperverletzung (3) / schwere Körperverletzung/versuchte Tötung (1)
 - Orte: Öffentlicher Raum / öffentliche Verkehrsmittel / Demonstrationen / Bahnhof und Haltestellen / Internet
- *[Anm.: Chronik-Ausszüge finden sich in den Folien]*
- Erbrachte Unterstützungsleistungen: Beratungsgespräche (335), Vermittlung zu Rechtsanwält*innen (113) / Begleitung zu Polizei (61) und Gericht (71)

2.2. Rückfragen

- Plenum: Gibt es eine Stelle, wenn man Opfer von Linksextremer Gewalt geworden ist?
 - Nein, am besten zur Polizei gehen
- Plenum: Gibt es eine Vorstellung, warum Menschen Fälle nicht melden?
 - Eine Beratungsstelle ist weggefallen -> Vor Ort keine Anlaufstelle mehr
 - Es gibt kein niedrigschwelliges Angebot für Betroffene
- Plenum: Könnte es auch sein, dass es keine Hilfe gibt? Hinweise an Politik diese zu verbessern
- Plenum: Notwendigkeit von ezra betont -> vielen Dank für die Arbeit / Es fehlt oft auch an Zivilcourage -> Auch in Jena passiert das viel. Wir sollten alle aufmerksamer sein

- Plenum: Zugang zu Schulen interessant / Wie bekannt ist das Angebot bei Lehrer*innen / Gibt es in Jena Anlaufpunkte an die sich betroffene Lehrer*innen melden können?
- Ezra: Es wird versucht übers ThILLM (Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien, Anm.) zu gehen für Weiterbildungen
- Plenum: Die kommunale Antidiskriminierungsstelle hat in der Vergangenheit schon Lehrer*innen beraten, die entweder in Jena wohnen und in Thüringen arbeiten, oder die in Jena arbeiten und in Thüringen leben
- KoKont: Lehrer*innen können sich auch an uns wenden. Es kann auch ein Weiterbildungs-angebot organisiert werden
- BK: Dank für den Vortrag und danke für das Sammeln der Daten, die eine wichtige Grundlage für vieles in unserer Arbeit bilden

3. Extremismusstudie – Zusatz zum Jenaer Stadtprogramm(?)

(60 min)

- Kurze Vorstellung durch KoKont:
 - Situation nahezu unverändert, Entwurf liegt vor, aber Zustimmung einiger Fraktionen hängt ab, von einer thematischen Erweiterung unter Berücksichtigung anderer Extremismusformen
 - bis Ende Juni sollte es eine wissenschaftliche Zuarbeit hierfür geben, die ist jetzt da (seit 06. August 2026)
 - Frage: Was bedeutet das jetzt für das Stadtprogramm?
 - Hinweis: Kurzversion liegt aus, Kurz- und Langversion wurden mit der Einladung verschickt
 - Stadtprogramm ist auf der Tagesordnung für den nächsten Hauptausschuss (19. August 2026)
- Zum aktuellen Stand:
 - Letzte Woche Donnerstag hat die Redaktionsgruppe sich getroffen
 - Ball liegt jetzt bei Verwaltung und Politik
 - Was ist denn jetzt der Plan mit diesem Papier? Bevor man das nicht weiß kann man schwierig reagieren

3.1. Vorstellung

- OB: geht nicht davon aus, dass es in den Stadtrat Anfang September geht / Wie das zusammen geht wird in der Kommunalpolitik noch zu klären sein.
 - Hintergedanke war, wie die Diskussionen liefen, dass es keine Mehrheit oder nur ne knappe Mehrheit zu Stande käme. Man könnte die Mehrheit vergrößern, indem man mehr darauf eingeht, wie man gegen Extremismus vorgeht, vor allem der Linksextremismus wird nicht erwähnt. Dies störte einige Fraktionen, die aber zustimmen sollten.
 - Der Auftrag war nicht nur eine Abhandlung von 20 Seiten zu schreiben und für eine möglichen Zusatzkapitel (6. Kapitel) sollte noch eine Kurzfassung erstellt werden / Andere Möglichkeit wäre es nebeneinander zu stellen (Doppelbeschluss)

- Frage ist ja auch wer kümmert sich dann um diese Formen des Extremismus -> KoKont wäre nicht zuständig, da müsste man im politischen Raum sich dann auch dazu austauschen wie das gelingen kann
- Inhaltlich möchte der OB sich heute nicht fokussieren. Wenn nur die Kurzfassung verwendet werden soll, dann muss eine Verbindung zur Langfassung hergestellt werden (ist Herr Kailitz *[beauftragter Wissenschaftler, Anm.]* wichtig). Wie am Ende dann entschieden wird, ist noch unklar.
- BK: Wird das Papier im Hauptausschuss zum ersten Mal im Stadtrat besprochen?
- OB: Nein, wurde gleichzeitig an KoKont und an den Stadtrat versendet. War schon etwas früher da.
 - Im Hauptausschuss wird bei weitem nicht genug Zeit sein, um es abschließend zu besprechen. Deshalb ist es auch wahrscheinlich, dass es nicht in der nächsten Stadtratssitzung (02.09.) beschlossen werden kann
- BK: Kann die Diskussion auch in einem anderen Ausschuss besprochen werden
- OB: Kein anderer Ausschuss kommt da in Frage. Das wird seine Zeit dauern, die ein/zwei Monate, die es jetzt noch dauern wird, macht dann auch keinen Unterschied mehr
- BK: Hat die Studie denn jetzt was verändert? Was für die Debatte hilfreich ist?
- OB: Für die Debatte ist es noch zu früh. Es gab noch keinen Austausch. Die ersten, die das sehen sind hier am Runden Tisch und im Hauptausschuss. OB wurde nicht sehr vom Inhalt überrascht, auch wenn er einige Dinge nicht so sieht. Ist gut das mal aufgeschrieben zu sehen und es Quellen gibt, mit denen man das auch belegen kann.

3.2. Diskussion

- Plenum: Nach dem langen Prozess wird es schon als Missachtung empfunden da einen Extremismus zu unterstellen. Es gibt viele politische Entscheidungen, die extrem sind. Da muss man Zivilcourage zeigen. Es gibt steigende Rechte Gewalt und Faschisierung der Politik (bspw. Sozialkürzungen). Wie wirkt sich politisches Handeln und Gesetzgebung auf die Gesellschaft aus, wäre ein guter Anlasspunkt für eine Studie. Es ist beleidigend und diskriminierend die Studie an das SP anzuschließen, da die Redaktionsgruppe und die Betroffenen viel Zeit und Energie reingesteckt haben.
- BK: In Kurzversion stehen einige Handlungsempfehlungen. Diese sind weitreichender und betreffen nicht nur das Stadtprogramm. Dies war nicht klar, dass das durch die Studie erreicht werden sollte. KoKont ist eine Besonderheit, die wir seit vielen Jahren haben. Der Stunden und Leistungsumfang ist schon hoch und der Zusatz kann nicht von KoKont geleistet werden.
- Frage BK: Gibt es noch Verständnisfragen?
- Plenum: Stadtprogramm ist Erkenntnis, dass Betroffenenengruppen sich mitteilen können und das ist ziemlich einzigartig. Jena ist ein Vorbild in dieser Richtung. Jena sagt damit, dass man sich proaktiv auf der Seite der Betroffenen steht. Das Bekenntnis ist ernst zu nehmen. Man sollte nicht mit politischem Kalkül hier in diese Fragen reingehen. Wenn das SP verabschiedet wird, würde das Vertrauen in die Prozesse stärken. Die Bitte an die Verwaltung und Fraktionen, die hier vertreten sind, dass das SP in der Fassung, die es bis jetzt gibt, verabschiedet wird. Die Studie sollte nur zur Kenntnis genommen werden, aber nicht zusammen mit dem Stadtprogramm verabschiedet werden.

- Plenum: Bereits viele Runden zu diesem Thema. Es wurde lange auf die Studie gewartet. Jetzt wird gesagt, dass noch nicht klar ist was damit passiert. Verzögerung stellt Delegitimierung der Menschen dar, die sich darauf eingelassen haben und sich dort engagiert haben. Klarer Hinweis darauf das SP möglichst bald zu verabschieden
- Plenum: Gibt es eine Positionierung der Redaktionsgruppe (RG)? Was der Runde Tisch und was die RG vom OB / von der Stadtspitze erwartet? Eigene Meinung der Person: Sollte kein Kapitel des Stadtprogramm sein, die Handlungsempfehlungen sind erstmal gut, darüber sollte dann debattiert werden.
- KoKont: Es ist unverändert der Wunsch, dass es inhaltlich nicht verändert wird oder die Studie als zusätzliches Kapitel nicht dazukommt. Es könnten zwei Beschlüsse sein, das kann man diskutieren. In der Redaktionsgruppe war immer Konsens, dass es kein Zusatzkapitel wird. Die Genese und die Ausrichtung unterscheiden sich fundamental. Das Programm ist darauf ausgelegt sich immer weiter zu verändern und aktualisiert zu werden. Frage an die Politik von der RG: Gibt es eine Mehrheit für das Stadtprogramm oder nicht? Das ist entscheidend für die weitere Strategie.
- BK: Die Diskussion ist ja noch nicht gelaufen und wird erst noch geführt. Da man die Diskussion noch nicht kennt, kann man auch nur schwierig darauf reagieren. Das SP ist bewusst so gestaltet sich immer wieder zu aktualisieren und zu verändern. Die Entscheidung läuft am Ende im Stadtrat und da wissen wir nicht, was dort Konsens ist oder nicht
- Plenum: Es gab den Eindruck, dass Rechtsextremismus delegitimiert werden soll, in dem man den Linksextremismus (Schmierereien, Solidarität mit Gefangenen, eben keine Übergriffe) daneben stellt.
- Plenum: Sorge, dass ein Prozess der offen gestaltet war, wo immer versucht wurde die Stadtratsfraktionen mit einzubeziehen und eine starke zivilgesellschaftliche Prägung war kennzeichnend, nun erfolgt eine Spaltung und das SP in einer Schublade verschwindet und keine Wirkung entfalten kann. Aus der Sicht einer Queeren Selbstorganisationen ist klar zu benennen, dass queere Menschen von Rechtsextremisten angegriffen werden, nicht von Linksextremisten.
- Plenum: Person möchte eins gegenhalten: Die Studie beweist, dass es doch ein wichtiges Thema in der Stadt ist. Die Studie zeigt eine Überholung von Linksextremen gegenüber Rechtsextremismus. Extremismus in jeder Form ist eine zu viel. Die Leute, die in Gefängnissen sitzen haben eine Straftat begangen und sitzen deshalb im Gefängnis. Jede Straftat ist eine Straftat zu viel. Deshalb sollte der Linksextremismus ebenfalls Teil werden.
- Plenum: Person möchte sich an Personen anschließen, die die Unterschiedlichen Prozesse angesprochen haben. Es spricht nichts dagegen, dass man das Thema (Linksextremismus) ebenfalls bespricht und diskutiert, jedoch in einem getrennten Verfahren. Es geht nicht das Thema durch die Hintertür jetzt in das Stadtprogramm zu drücken. Das SP ist als Reaktion auf die Baseballschlägerjahre entstanden. Damals wurden Menschen von Faschisten durch die Stadt gejagt und es wäre nicht gut das jetzt zusammen zu mengen.

- Plenum: Das Gutachten sollte mit Nichten eine Einladung sein Antifaschistischen Protest und Engagement in einen Topf mit Linksextremismus zu scheißen. In den Handlungsempfehlungen drückt sich aus, dass Linksextremismus ein randständiges Phänomen ist. An und für sich sieht man hier schon auch einen politischen Zielkonflikt. Es sollte ein Kompromiss gefunden werden, der Dinge, die vielen von uns als selbstverständlich erscheinen und im Stadtprogramm schon aufgerufen sind (bspw. gewaltfreie und demokratischer Umgang/ Distanzierung von Gewaltverherrlichung). Da könnte eine Präambel zu Beginn des Papiers spezifischer drauf hinweisen. Das wäre ein Vorschlag wie man mit den Handlungsempfehlungen von Herrn Kailitz umgehen kann.
- OB: Nehme ich mit. Am Ende kann man hier nichts versprechen, da OB das ja nicht alleine beschließt. Es wurden viele Diskussionen geführt. Oftmals die Frage, geht es wirklich um Inhalte oder politische Symbolik. Es geht nicht darum den Prozess zu delegitimieren, sondern eine breite Mehrheit zu finden. Wenn das komplett ausgeklammert wird, wird es keine Mehrheit im Stadtrat geben. Es gab die Diskussion, ob man bereit ist den Beschlussweg zu gehen und Kompromisse zu gehen. Man hätte ja auch das SP nur am RT verabschieden können, dann hat es aber weniger Legitimität. RT hat sich mit großer Mehrheit für einen Weg des Beschlusses entschieden und somit den Weg über den Stadtrat zu gehen. Die Studie ist der Versuch das SP so wie es heute da steht zu beschließen und noch mehr für andere.
- BK: Ziel mit der Überarbeitung auch Begriffe, die überholt sind (bspw. Fremdenfeindlichkeit) zu verändern und mehr aus der Perspektive von Betroffenen die Probleme zu betrachten.
- Plenum: Zwei Anmerkungen: Es gab mehrere Versuche und Möglichkeiten für die Fraktionen Kompromisse und Möglichkeiten zu finden. Diese wurden wenig wahrgenommen und jetzt scheint es wie beleidigte Kinder, die nicht bekommen haben, was sie wollten. Mit aller Wertschätzung, aber OB macht es sich auch zu leicht, indem er hier sitzt und sagt, dass er ja nicht alleine entscheidet. OB hat eine gewisse Führungsrolle in der sogenannten „Verantwortungsgemeinschaft“. Da wäre es die Aufgabe des OB aktiv für die Zustimmung zu werben.
- OB: genau das tue ich schon. Ich bin sogar schon laut geworden. Die Verzögerungstaktik nervt mich auch.
- Plenum: Es wird sehr bedauert, dass Unstimmigkeiten in der Politik nicht durch Dialog gelöst werden können, sondern sich an sowas wie dem Extremismusthema aufgehängt wird. Das Bekenntnis zu den Betroffenen von Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit, Ableismus ist wichtig und sollte im Fokus der Aushandlung stehen. Das ist der Fokus des Stadtprogramms.
- BK: Nochmal Appell, dass die Verzögerung nicht zu lange dauert
- Plenum: Das Fanprojekt hat eine [Stellungnahme](#) verfasst, da es auch ein Kapitel gibt, welches sich mit der Zielgruppe auseinandersetzt -> Wurde von einem Vertreter verlesen
- Plenum: Zeitnah, nachdem es Entwicklungen gibt aus dem Stadtrat, sollte es eine außerplanmäßige Sitzung geben.

4. Sonstiges (KoKont)

(15 min)

26.08., 14:30 Uhr, **Gedenken/Gesprächsrunde: „Wir vergessen nicht! Wir erinnern an die Bücherverbrennung in Jena am 26. August 1933“**, Ernst-Abbe-Bücherei, Helene-Petrenz-Saal, Engelplatz 2

CSDs in Thüringen:

- 22.08. 13 Uhr **Mühlhausen**, Untermarkt
- 29.08. 10 Uhr **Gotha**, unterer Hauptmarkt
- 30.08. 13 Uhr **Suhl**, Bahnhof

25.09., 17 Uhr, **Feierliche Preisverleihung 25. Jenaer Preis für Zivilcourage und Charlotte-Figulla-Preis 2026**, Historisches Rathaus, Markt 1, Jena.

29.08., 16 Uhr, **Gedenken an Habil Kılıç – Kein Vergeben, kein Vergessen**, Holzskulptur vor der JG, Johannisstraße Jena. 25. Jahrestag.

Nächster Runder Tisch: 16.11.2026

*Der Runde Tisch ist offen für alle interessierten Jenaer*innen mit folgender Ausnahme: Personen, die antidemokratischen und rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, die der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung traten. Die Veranstaltenden behalten sich vor, diese von der Sitzung auszuschließen.*

Koordinierungsstelle im Jenaer
Stadtprogramm gegen Fremden-
feindlichkeit, Rechtsextremismus,
Antisemitismus und Intoleranz;
Kontaktbüro des Runden Tisches
für Demokratie

Ein Projekt in Trägerschaft
des Bildungswerk BLITZ e.V.

Spendenkonto
Volksbank Saaletal e. G.
Bildungswerk BLITZ e.V.
IBAN: DE34 8309 4454 0042 6070 02
BIC: GENODEF1RUJ

KoKont Jena
Max-Steenbeck-Str. 46
07745 Jena

Telefon 03641 – 236 606
Fax 03641 – 236 607
Email buero@kokont-jena.de
Web www.kokont-jena.de